

Inhaltsverzeichnis

Teil A: Normative und pragmatische Begründungen	11
1. Die Debatte über Mehrheits- und Verhältniswahl	11
1.1. Historische Entwicklung seit 1945	11
1.2. Argumente der Befürworter der Mehrheitswahl	14
1.2.1. Die Wahl eines Abgeordneten als Mandat	14
1.2.2. Auswahl der politischen Elite	16
1.2.3. Ausschaltung von Splittergruppen	17
1.3. Argumente der Befürworter der Verhältniswahl	18
2. Wahrheitsurteile und Interessenurteile	22
3. Das Einstimmigkeitsprinzip bei Wahrheitsurteilen	26
4. Das Mehrheitsprinzip bei Wahrheitsurteilen	31
4.1. Condorcets Jury-Theorem	31
4.2. Das Problem von zyklischen Mehrheiten	36
5. Die Einstimmigkeitsregel bei von Interessen geleiteten Urteilen	41
5.1. Die legitimierungsschaffende Funktion von einstimmigen Beschlüssen	41
5.2. Wie können einstimmige Beschlüsse im Interesse aller Beteiligten sein?	45
6. Die Mehrheitsregel bei Entscheidungen, die Interessen berühren	55
6.1. Maximierung der Selbstbestimmung durch die Mehrheitsregel	56
6.2. Verhinderung einer privilegierte Stellung des Status Quo durch die Mehrheitsregel	57
6.3. Die Mehrheitsregel als Verfahren, das die „besten“ Ergebnisse hervorbringt	58
6.4. Die Mehrheitsregel als nutzenmaximierendes Verfahren	66
7. Indirekte Entscheidungen durch Repräsentanten	71
7.1. Repräsentation als „zweitbeste“ Lösung: Repräsentation als Reproduktion	72
7.1.1. Das Ideal der direkten Demokratie	72
7.1.2. Repräsentation durch eine Zufallsstichprobe	75
7.1.3. Das Verhältniswahlssystem als Approximation an eine Stichprobe	76
7.1.4. Wahrheitsurteile und Interessenurteile bei reproduktiver Repräsentation	79

7.2. Repräsentation als beste Lösung	82
7.2.1. Der Vorteil der Auswahl	82
7.2.2. Der Vorteil des erworbenen Expertentums	83
7.2.3. Expressives Wählen	85
8. Das Problem strategischen Wählens	87
9. Eine spieltheoretische Rechtfertigung der Verhältniswahl: Duncan Blacks	
Darstellung der Theorie der proportionalen Repräsentation von Lewis Carroll	98
Teil B: Die Technik eines Proportionalwahlverfahrens	115
10. Die Verrechnungsformel nach d'Hondt	115
10.1. Die Funktionsweise des d'Hondt-Verfahrens	115
10.2. Die Logik des d'Hondt-Verfahrens: die Sitzauktion	116
10.3. Systematische Verzerrungen der Transformation von Stimmen in Sitze beim d'Hondt-Verfahren	121
11. Quota-Verfahren	126
12. Die „richtige“ Größe der Quota	129
13. Einige Paradoxien bezüglich Quota-Verfahren mit größtem Rest	134
13.1. Verletzung der Hausmonotonie: Das Alabama-Paradox	134
13.2. Verletzung der Bedingung der Unabhängigkeit von irrelevanten Alternativen	136
13.2.1. Das „New States Paradoxon“	136
13.2.2. Das „Population-Paradox“	137
14. Weitere Divisorverfahren	139
14.1. Das Verfahren von Adams: die Divisorreihe 0,1,2,3...	141
14.2. Die Methode von Webster bzw. Sainte-Laguë: die Divisorreihe 0,5, 1,5, 2,5 ...	144
14.3. Hills Methode	145
14.4. Das harmonische Mittel bzw. die Methode von Dean	146
15. Proportionalität und Disproportionalität	150
15.1. Die Verteilungsperspektive	150
15.2. Perspektive des Unterschieds zwischen den Parteien bzw. den Wählern der jeweiligen Parteien	158

16. Vergleich der Disproportionalität zwischen verschiedenen Verrechnungsformeln	162
16.1. Vergleich anhand eines fiktiven Beispiels	162
16.2. Vergleich anhand 69 echter Wahlen zwischen 1990 und Februar 2005	171
16.3. Vergleich anhand eines simulierten Datensatzes	172
Teil C: Die Praxis eines Verhältniswahlsystems am Beispiel der BRD	177
17. Das Wahlsystem der BRD	177
18. Besonderheiten des deutschen Wahlsystems: Das Problem der Überhangmandate	182
18.1. Der Mechanismus der Entstehung der Überhangmandate	182
18.2. Das Identifikationsproblem und daraus entstehende Paradoxien	184
18.3. Die Ursachen der Entstehung	187
18.4. Das verfassungsrechtliche Problem	190
19. Möglichkeiten der Beseitigung von Überhangmandaten	196
19.1. Die Verhinderung der Entstehung von Überhangmandaten	196
19.1.1. Einführung einer reinen Listenwahl	196
19.1.2. Abzug „überschüssiger“ Direktmandate	196
19.2. Einführung von Regeln, die das Auftreten von Überhangmandaten unwahrscheinlicher machen würden	197
19.2.1. Erniedrigung des Anteils der Direktmandate	197
19.2.2. Verrechnung angefallener Überhangmandate mit Listenmandaten derselben Partei in anderen Ländern	198
19.2.3. Modifikationen der Zweistimmenkonstruktion	202
19.2.4. Verminderung der Überhangmandate durch eine andere Verrechnungsformel	202
19.4. Korrektur der Verzerrungen des Stimmgewichts durch Ausgleichsmandate	203
20. Besonderheiten des deutschen Wahlsystems: Die Zweistimmenkonstruktion	207
20.1. Das Phänomen des Stimmensplittings	207
20.2. Formen des Splittings: Theoretische Annahmen	211
20.2.1. Die „wasted vote“-Hypothese I	211
20.2.2. Die „wasted vote“-Hypothese II	211
20.2.3. „Threshold insurance“	212

20.3. Stimmensplitting als „strategisches“ Kalkül unter den Bedingungen der Ignoranz	213
20.3.1. Die „wasted vote“-Hypothese I revisited	214
20.3.2. Die Verwicklung der „wasted vote“-Hypothese II und der „threshold insurance“- Hypothese	218
20.3.3. Die Möglichkeiten des Stimmensplitting als „taktisches Kalkül“	220
20.4. Das Phänomen der „personal vote“ im deutschen Wahlsystem	221
21. Reformvorschlag: Die Einführung von Mehrmanddirektwahlkreisen	225
Literaturverzeichnis	236